

Kurzinformationen

zusammengestellt von Ahmed Fazl

Ershad und 17 weitere Personen zu Haftstrafen verurteilt

Der ehemalige Präsident Bangladeshs, Hussain Mohammad Ershad, ist wegen Amtsmißbrauch und Korruption zu weiteren sieben Jahren Haft verurteilt worden. Die Mitbeschuldigte, Raushan Ershad, sowie 17 weitere Angeklagte, darunter mehrere Exminister, wurden ebenfalls verurteilt. Richter Sikder befand den ehemaligen Präsidenten für schuldig, gegen das Gesetz zur Verhinderung von Korruption verstoßen zu haben. Für Ershad, der das Land fast neun Jahre regierte, stehen weitere 18 Gerichtsverfahren bevor, in denen über weitere Korruptionsfälle und über Machtmißbrauch verhandelt wird. Ershad verbüßt derzeit bereits eine insgesamt 13-jährige Haftstrafe wegen unautorisiertem Waffenbesitz und Besitz von 20 Millionen Taka (ca. 800.000 DM).

Sheikh Hasina fordert Bestrafung der Mörder ihres Vaters

Anlässlich der Weltmenschrechtskonferenz in Wien forderte die Oppositionsführerin, Sheikh Hasina ('Awami League'), erneut die Bestrafung der Mörder ihrer Vaters und anderer Familienmitglieder. Ihr Vater, der Staatsgründer und ehemalige Premierminister Bangladeshs, Bangabandhu Sheikh Mujibur Rahman, wurde am 15. August 1975 zusammen mit seinen drei Söhnen, seiner Frau und anderen Parteimitgliedern ermordet. Nach den Morden wurde von der neuen Regierung durch eine Verordnung die Verfolgung und Bestrafung der Täter ausgesetzt. Die Verordnung ist bis heute gültig. "Meine Schwester und ich können uns noch nicht einmal an das Gericht wenden, um die Schuldigen bestrafen zu lassen", sagte Sheikh Hasina.

In ihrem Redebeitrag ging die Oppositionsführerin auch auf die Situation und die Lage der Menschenrechte in den Chittagong Hill Tracts ein. "Unsere Verfassung garantiert jedem Bürger die fundamentalen Rechte. Ich bin mir über die Probleme im Klaren, die die Stammes-

bevölkerung in den Chittagong Hill Tracts hat", betonte sie. Sie sei sich jedoch sicher, daß auch diese Schwierigkeiten durch Toleranz und Verständnis gelöst werden können. "Meine Partei setzt sich für die Menschenrechte aller Bevölkerungsgruppen ein". Hasina stellte jedoch klar, daß Hauptproblem Bangladeshs sei die Armut weiter Bevölkerungsteile. Ein Großteil lebe unter dem Existenzminimum und vollführe einen täglichen Kampf ums Überleben. "Ich appelliere an die internationale Gemeinschaft, diese Situation zur Kenntnis zu nehmen".

Repatriierung von Chakmas verzögert

Die Beziehungen zwischen Indien und Bangladesh haben einen Rückschlag erlitten, weil die geplante 'Rückführung' von etwa 60.000 Chakma-Flüchtlingen nach Bangladesh (Chittagong Hill Tracts) sich verzögert. Die Chakmas, die im Augenblick in Flüchtlingslagern im indischen Bundesstaat Tripura leben, sollten Anfang Juni nach Bangladesh zurückkehren, nachdem sie sieben Jahre als Flüchtlinge in Indien gelebt hatten. Die Vereinbarung über die Repatriierung galt als ein Durchbruch in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten.

Die Rückführung wurde gestoppt, nachdem mehrere hundert Flüchtlinge in den Flüchtlingscamps gegen diese geplanten Maßnahmen demonstrierten. Sie wollen nicht nach Bangladesh zurückkehren, bevor nicht eine politische Lösung für die Situation in den Chittagong-Bergen gefunden ist, wo Chakmas für größere Autonomie eintreten. Tausende von Chakmas waren in den indischen Nachbarstaat geflohen, nachdem die moslemisch dominierte Regierung mit massivem Truppeneinsatz auf die Forderungen der vorwiegend buddhistischen Chakmas reagiert hatte.

Bei einem Besuch in Indien Anfang 1992 hatte Premierministerin Khaleda Zia mit ihrem indischen Amtskollegen Rao eine Vereinbarung über die Rückführung der Chakmas getroffen. Diese Vereinbarung galt als ein Wendepunkt in den Beziehungen zwischen beiden Län-

dern, die nach der Zwangsdeportation von Flüchtlingen aus Indien nach Bangladesh abgekühlt waren.

Die meisten Chakma-Familien sind zwischen 1986 und 1989 nach Indien geflohen. Bangladesh warf der indischen Regierung seither immer wieder vor, Mitgliedern der "Terrororganisation Shanti Bahini" Unterschlupf zu gewähren, ein Vorwurf, der von den Behörden in Delhi immer wieder zurückgewiesen wurde. Bangladesh garantiert in der mit Indien getroffenen Vereinbarung den Chakmas Sicherheit und finanzielle Hilfe bei ihrer Wiederansiedlung.

Unterdessen haben die 'Guerillas' der 'Shanti Bahini' ihren Waffenstillstand vorläufig bis Ende August ausgedehnt, nachdem es zu Verhandlungen zwischen ihnen und Vertretern der Regierung gekommen war. Dennoch wurden Anfang Juni zwei Polizisten getötet, als - angeblich Chakmas - ein Polizeifahrzeug beschossen.

titanic reisen

Weltweite Flüge

zu unglaublich günstigen Preisen.

Wir bieten:

- StudentInnen tarife weltweit.
- Oneways / Gruppenreisen.
- Flüge umgekehrt, Tickethinterlegungen.
- Rundflüge und Airpässe.
- Innersüdamerikanische/ -afrikanische/ -asiatische Anschlüsse.
- Hotelreservierungen / Mietwagen.
- und vieles andere mehr.

Rabatte für Projekte, gemeinnützige Organisationen u. ä. (Verträge mit diversen Fluggesellschaften wie Lufthansa, Iberia, Alitalia, Sabena u. a.)

Anfrage und Buchung per FAX (030) 618 80 40 mit Sofortbestätigung.

Oppelner Straße 7 · 10997 Berlin
(030) 618 50 48

Heftige Kritik am neuen Haushalt

Finanzminister Mohammad Saifur Rahman hat im Juni den Haushalt für das im Juli begonnene Finanzjahr 1993/94 vorgelegt. Es wird erwartet, daß die Staatseinnahmen bei einer Wachstumsrate des Bruttozialproduktes von fünf Prozent etwa 12 Prozent höher ausfallen werden als im Vorjahr. Sie sollen etwa 100 Milliarden Taka (1 DM = 24 Taka) betragen. Den Einnahmen stehen Ausgaben mehr von 93 Milliarden Taka gegenüber - neun Prozent mehr als im Vorjahr. Vor allem in den Bereichen Bildungswesen, Gesundheitswesen, Bevölkerungspolitik und Transportwesen sind umfangreiche Ausgabensteigerungen in einer Höhe von 2,6 Milliarden Taka vorgesehen. Der Beitrag der öffentlichen Ausgaben am Jahresentwicklungsprogramm (Annual Development Programme) soll 28 Milliarden Taka betragen. Geplant sind Investitionen in die ländliche Infrastruktur in Höhe von 21,65 Milliarden Taka.

In seiner Haushaltrede kündigte der Finanzminister eine Ausdehnung und Vertiefung der Strukturanpassungsmaßnahmen und weitgehende Wirtschaftsreformen an. Insbesondere Reformen, die die Privatisierung großer staatlicher Unternehmen sowie Stellenabbau beinhalten, sind von den Gewerkschaften, vor allem der 'Srami Karmachari Oikkyo Parishad' (SKOP), einem gewerkschaftlichen Dachverband von 14 Einzelgewerkschaften, heftig kritisiert worden. Vertreter der Opposition griffen während der Parlamentsdebatte vor allem die Ausgabensteigerungen für den Ver-

teidigungshaushalt, Kürzungen von Subventionen für die Landwirtschaft und die Erhöhung der Mehrwertsteuer an. Die Regierung verteidigte die geplanten Steigerungen der Verteidigungsausgaben mit dem Hinweis, daß auch ein kleines Land wie Bangladesh eine effektive Verteidigung brauche, um seine nationale Souveränität zu verteidigen. Die oppositionelle 'Awami League' sieht darin allerdings nur eine Unterwerfung der Regierung unter die Forderungen des militärischen Establishments. In den 21 Jahren seit seiner Trennung von Pakistan hat die Armee Bangladesh über beinahe 15 Jahre direkt und indirekt regiert. Der letzte Militärdiktator, der durch einen Volksaufstand aus dem Amt vertrieben wurde, war general Ershad, der das Land nach einem Militärputsch 1982 neun Jahre lang regierte. Er sitzt zur Zeit eine langjährige Haftstrafe wegen Korruption und Amtsmißbrauch ab.

Parlament richtet Untersuchungsausschuß zu Korruption ein

Das Parlament des Landes hat die Einrichtung einer Parlamentskommission zur Untersuchung von Korruptionsvorwürfen gegen das Ministerium für Landwirtschaft, Bewässerung und Flutkontrolle beschlossen. Die Vorwürfe beziehen sich vor allem auf den Landwirtschaftsminister Majidul Huq, einem engen Vertrauten der Premierministerin. Die Opposition wirft dem Minister vor, bei der Vergabe von Bauaufträgen in Verbindung mit den von der Weltbank finanzierten 'Flood-Action-Plan' Bestechungsgelder in Millionenhöhe entgegengenommen zu

haben. Huq wies die Anschuldigungen zurück und wies darauf hin, daß sein Ministerium das größte und finanzstärkste sei und über den höchsten Anteil an ausländischen Zuschüssen und Krediten verfüge. Sollten ihm und seinem Ministerium Korruption nachgewiesen werden, träte er von seinem Amt zurück.

Die Entscheidung, eine Untersuchungskommission einzusetzen, wurde von Parlamentssprecher Razzaque Ali Ende Juni bekanntgegeben. Ali hat die Regierung aufgefordert, alle relevanten Dokumente und Verträge der Kommission zu übergeben. Der Korruptionsskandal hat die seit 30 Monaten im Amt befindliche Regierung schwer erschüttert und damit in eine Krise gestürzt, die zusätzlich von Parteiaustritten verschärft wird. Darunter befinden sich auch Parlamentarier der regierenden 'Bangladesh National Party' (BNP). Ein prominenter Abgeordneter der BNP, A.R. Chowdhury, hat den Ministerien Ineffektivität vorgeworfen und damit die Parteidisziplin gebrochen. In Zusammenhang mit Korruptionsvorwürfen wurde inzwischen Minister Nurul Huda wegen 'Amtsmißbrauch' durch Premierministerin Zia entlassen.

Führer von Moslemfundamentalisten kämpft um Staatsbürgerschaft

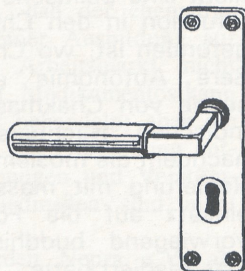
Der Oberste Gerichtshof (Supreme Court) hat einen Antrag der Regierung zugelassen, der die Annullierung eines Urteils, das von einem Obergericht gesprochen wurde, zum Ziel hat. In dem Urteil hatte das Obergericht die Wiederherstellung der Staatsbürgerschaft für den umstrittenen Moslemführer Golam Azam angeordnet. Azam war seine Staatsbürgerschaft 1972 wegen seiner Bangladeshfeindlichen Rolle im Krieg gegen Pakistan entzogen worden. Azam, der mit den pakistanischen Streitkräften zusammenarbeitete, wird beschuldigt, für die Ermordung tausender bengalischer Zivilisten verantwortlich zu sein und Massengewaltungen organisiert zu haben. Linke und säkulare Parteien, unter ihnen die 'Awami League', fordern eine Verhandlung wegen Kriegsverbrechen gegen Azam. Er wurde zu Beginn des Jahres verhaftet, weil er sich ohne gültiges Visum in Bangladesh aufhielt. Obwohl der Gerichtsentscheid ihm die Staatsbürgerschaft wieder zuerkannte, befindet er sich weiter in Haft (siehe auch Beitrag in dieser Ausgabe).

klinkt Euch ein ...

in Querverbindungen von Entwicklungsfragen zu Bereichen wie Ökumene und Menschenrechte, Demokratie, Ökologie, Ökonomie und Kultur, Projekten und Partnern in der Zweidrittelwelt und hier

INKOTA-Brief 2/93 u.a. mit:

Beiträgen zu Demokratieentwicklung und Wirtschaftsperspektiven Vietnams * Reflektionen zur Situation in Cuba * Berichten aus Indonesien, Kurdistan und Kambodscha * Ost-West-Süd-Trialog über Genossenschaften * Streitbaren Überlegungen zu Vernetzung und Koordinierung * Engagierter Fotografie * Kinderseiten * Service RUND BRIEF der Welt-Laden-Initiativen



Probeexemplar bestellen!



INKOTA - BRIEF

zu beziehen über:
INKOTA-netzwerk, Georgenkirchstr. 70,
10249 Berlin

ZUM NORD-SÜD-KONFLIKT UND
ZUR KONZILIAREN BEWEGUNG

Jahresabo (4 Hefte à 56 Seiten) 17,50 DM
(Reichsbahn-) bzw. 29,99 DM (Bundesbahngeblet)
Einzelheft 5 DM bzw. 7,50 DM.